

HOCHSCHULE NACHRICHTEN



3. Jahrgang

Karl-Marx-Stadt, November 1960

Nummer 6

Über 650 Studenten feierlich verpflichtet

(HIN) Im Opernhaus zu Karl-Marx-Stadt fand am 10. Oktober auf einem Festakt die feierliche Immatrikulation von über 650 Studenten statt. Nach dem Einzug des Hohen Senats und der Ehrengäste erklang das Streichquartett op. 76 Nr. 1 G-Dur von Joseph Haydn. Der Prorektor für Studienangelegenheiten, H. Nawroth, begrüßte die anwesenden Magnifizenzen, den Vizekonsul des Konsulats der UdSSR in Karl-Marx-Stadt, die Vertreter der Parteien und Organisationen, des weiteren Oberbürgermeister Scheller, die Vertreter der Nationalen Volksarmee, der Oberschulen und der volkseigenen Industrie.

Der Amtierende Rektor, Dr. rer. nat. Junghähnel, erklärte in seiner Festansprache u. a.: „Mit der heutigen feierlichen Verpflichtung von über 650 Studenten,

die in diesem Jahr ihr Studium an der Hochschule für Maschinenbau aufgenommen haben, beginnt für diese Bürger unserer Republik ein neuer und sehr bedeutungsvoller Abschnitt in ihrem Leben. Sie wurden delegiert von den Oberschulen, von unseren volkseigenen Betrieben und von unserer stolzen Volksarmee. Sie wurden ausgewählt und für würdig befunden, an der höchsten Bildungsstätte unseres Staates sich das Wissen anzueignen, das sie einmal befähigen soll, an entscheidender Stelle unserer Wirtschaft, Wissenschaft oder des Staatsapparates mitzuarbeiten, ein noch schöneres und lebenswerteres Leben zu gestalten, um damit zu zeigen, daß im Sozialismus der Menschheit Wollen seiner Erfüllung entgegengeht. Sie haben eine technische Wissenschaft gewählt und Sie stehen damit in vorderster Reihe im Kampf um den Sieg der neuen, besseren Gesellschaftsordnung. Ihre Delegierung bringt zum Ausdruck, daß sich Ihr persönliches Wollen und das gesellschaftliche Interesse in Übereinstimmung befinden. Das gesellschaftliche Interesse verlangt von Ihnen, daß Sie Ihr Studium erfolgreich beenden. Das erfordert Energie und Selbstzucht sowie kameradschaftliche Hilfe innerhalb der Seminargruppen, die in ihren Programmen zur Entwicklung sozialistischer Seminargruppen meist solche Überlegungen mit aufgenommen haben. Sie werden im Verlaufe Ihres Studiums die Richtigkeit der Erkenntnis von Karl Marx bezüglich der Aneignung der Wissenschaft durchleben, die er so formuliert:

„Es gibt keine breite Straße zur Wissenschaft, ihr Weg ist schmal und führt steil aufwärts, und nur der kann die hellen Gipfel erreichen, der Mühe und Ermüdung nicht scheut.“

Alle Herren des Lehrkörpers werden Ihnen helfen, diese hellen Gipfel zu erreichen, auch die Partei der Arbeiterklasse und der sozialistische Jugendverband sowie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund werden Ihnen, gemäß den

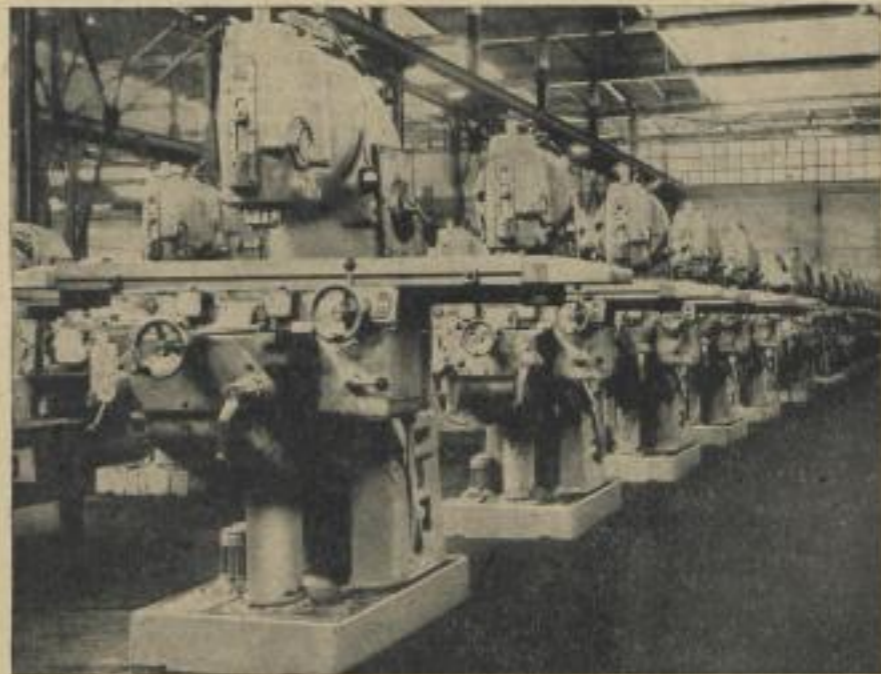
Umständen, alle Voraussetzungen dazu schaffen helfen.

Dabei ist es unseren jungen Menschen bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden, daß sie in materieller Hinsicht ein sorgenfreies Studium durchführen können. Weit über 95 Prozent erhalten staatliche Stipendien oder Studienbeihilfen, und die Kollegelder und Beiträge für die soziale Versorgung sind völlig weggefallen.

Viele unserer älteren Kollegen, die sich ihr Studium schwer erarbeiten mußten, stellen immer wieder fest: Es muß doch eine Freude sein, unter solchen Bedingungen, die unsere Arbeiter und Bauern unserer zukünftigen Intelligenz erarbeiten, zu studieren.

Es sind gerade die Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik, die zur weiteren Erhöhung des Ansehens unserer Republik einen entscheidenden Beitrag leisten. Je besser es uns gelingt, die Zahl und Qualität unserer wissenschaftlichen Arbeiten zu erhöhen, je solider das Wissen der von uns ausgebildeten Diplomingenieure ist, je fester diese Absolventen unserer Hochschulen hinter unserem Arbeiter- und Bauern-Staat stehen, um so schneller wird für alle Menschen, vor allem für unsere westdeutschen Brüder, offensichtlich, daß der Sozialismus die Gesellschaftsform ist, die alle Kräfte für die friedliche Arbeit freisetzt. Für ein so schönes und hohes Ziel wollen wir alle unsere Fähigkeiten und alle unsere Kräfte einsetzen!

Ich darf zum Schluß meiner Ausführungen Ihnen, liebe neuimmatrikulierte Kommilitoninnen und Kommilitonen, nochmals die herzlichsten Glückwünsche des akademischen Senats, der Zentralen Parteileitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Hochschulgewerkschaftsleitung und der Hochschulgruppenleitung der Freien Deutschen Jugend zu Ihrer Immatrikulation aussprechen. Wir wünschen Ihnen ein gutes Beginnen und einen erfolgreichen Abschluß Ihres Studiums an der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt.“



Der innerdeutsche Handel und die ökonomische Hauptaufgabe

Der Interzonenhandel soll nach Wunsch der reaktionärsten Clique der Westzonenregierung eingestellt werden. Diese Meldung wurde am 30. Sept. 1960 veröffentlicht. Sie stößt bei allen friedliebenden Menschen in Deutschland auf Ablehnung. Mit dem 1. Januar 1961 soll damit auch das letzte Band der staatlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zerschnitten werden. Bonn hat bisher versucht, alle Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nach und nach zu liquidieren. Bonn versucht die sportlichen Verbindungen zwischen beiden deutschen Staaten zu unterbrechen. Bonn versucht die Zusammenarbeit auf kommunalpolitischer Ebene zu beseitigen. Bonn versucht die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu unterbinden. Auf Betreiben Bonns wurden die wissenschaftlichen Kontakte der DDR mit Frankreich, Norwegen, Belgien und der USA unterbrochen. Mit Verfolgung und Terror bekämpft Bonn jede Verständigung zwischen den Deutschen. Diese Maßnahmen sind der Ausdruck der „Macht das Tor zu“-Politik, wie sie vom aggressivsten Teil des deutschen Imperialismus durchgeführt wird.

Die Kündigung des Handelsvertrages erfolgte unberechtigt. Die Adenauer-Regierung ist nicht in der Lage, irgendeine triftige Erklärung zu finden, da sich der Handel zwischen den beiden deutschen Staaten bisher normal abgewickelt hat. Im Gegenteil, erst im August dieses Jahres haben Verhandlungen zwischen den Beauftragten beider deutschen Staaten stattgefunden, und als Ergebnis wurden neue Warenlisten aufgestellt und Vereinbarungen getroffen, die den Interessen beider deutscher Staaten entsprechen und den innerdeutschen Handel erleichtern sollten. Die Bonner Regierung hat dem innerdeutschen Warenverkehr immer wieder Hindernisse u. Schwierigkeiten bereitet. Unsere Regierung hat wiederholt den Wunsch nach Ausdehnung und Normalisierung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck gebracht und versucht, den Handel als ein Bindeglied zwischen beiden deutschen Staaten aufrechtzuerhalten. Die Bemühungen unserer Regierung sind vom Interesse der Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes bestimmt. Alle Manöver im innerdeutschen Handel, ihn zum Erliegen zu bringen, sind bisher am Widerstand der DDR gescheitert, mit dem Erfolg, daß im Jahre 1959 erstmalig die Grenze von 2 Milliarden VE erreicht wurde.

(1 VE 1 DM Deutsche Notenbank = 1 Mark Deutsche Bundesbank). Diese Entwicklung konnte nur durch radikalen Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten unterbrochen werden.

Die Kündigung des innerdeutschen Handels ist eindeutig ein Schlag gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Auch der gewählte Zeitpunkt der Kündigung ist nicht zufällig. Man muß bedenken, daß in der letzten Zeit die Ziele des deutschen Militarismus in Form der General-Denk-schrift veröffentlicht wurden, die Konstruktion eigener Atomwaffen eingeleitet und Westdeutschland auf der gegenwärtig stattfindenden UNO-Vollversammlung eindeutig als gefährlicher Kriegsherde in Europa gebrandmarkt wird. Die Vorbereitung eines Atomkrieges ist unvereinbar mit dem innerdeutschen Handel. So bringt die Kündigung sichtbar zum Ausdruck: Bonn lehnt jede Minderung der Spannungen ab und versucht alles zur Verewigung der Spaltung Deutschlands!

Der Außenhandel der DDR

Der Außenhandel unserer Republik orientiert sich als Ausdruck gemeinsamer Interessen mit Schwerpunkt auf die Länder des sozialistischen Lagers und beruht auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Grundlage sind das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Die ökonomische Stärke der SU und des sozialistischen Lagers sowie unsere eigene Stärke geben die Sicherheit für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der DDR. Die ökonomischen und politischen Erfolge der DDR sind nur möglich durch die brüderliche Solidarität der Länder des sozialistischen Lagers. Bei der Betrachtung der Entwicklung unseres Außenhandels ergibt sich folgendes Bild:

Entwicklung des Außenhandels der DDR

| Jahr: | Milliarden Rubel: |
|-------|-------------------|
| 1950 | 3,5 |
| 1955 | 9,8 |
| 1959 | 16,4 |

* Stat. Jahrbuch 1959, S. 373. In Ausfuhr und Einfuhr sind nicht einbezogen: Lohnveredelung, Reparaturen und Schiffsbedarf; Reexporte, Rückwaren, Leihlieferungen und Messegut; Unzugut, Geschenksendungen und Transit.

Autokonzerne drosseln Produktion

Massenentlassungen stehen in Frankreich vor der Tür

Paris (ND). Zunehmende Überproduktionserscheinungen haben die führenden französischen Autokonzerne zu ersten Produktionseinschränkungen veranlaßt. Der Renault-Konzern, das größte französische Automonopol, das bereits Ende August für die Hälfte seiner 66000 Mann zählenden Belegschaft die Arbeitszeit von 48 auf 45 Wochenstunden herabgesetzt hatte, hat nunmehr 2600 Arbeiter auf die Entlassungsliste gesetzt. Die zum Citroën-Konzern gehörende Vanhard-Gesellschaft hat ebenfalls die Arbeitszeit eingeschränkt. Zur Begründung dieser Einschränkungen verweisen die Konzerne vor allem auf wachsende Exportschwierigkeiten.

Die Konzerne suchen der zunehmenden Verschärfung des Absatzproblems durch Kartellvereinbarungen und eine weitere Konzentration ihrer Macht zu begegnen. Verschiedene Auto-Gesellschaften haben, wie z. B. Renault und Peugeot, ihre Exportorganisationen zusammengelegt. Nunmehr greift die Machtkonzentration der Monopole auf die Produktion selbst über. Die Konzerne Simca und Citroën haben beschlossen, in Nanterre eine gemeinsame Produktionsgesellschaft zu bilden, um durch die Konzentrierung ihrer monopolistischen Macht den Stagnationserscheinungen zu begegnen und ihre Folgen auf die schwächeren Konkurrenten abzuwälzen.

BRAVO NIKITA

New York (ADN/JW). Der machtvolle Freiheitswille der kolonial unterdrückten und abhängigen Völker verschaffte sich in der Sitzung der UNO-Vollversammlung mit Hilfe der Autorität der sozialistischen Länder eindrucksvoll Gehör. Nach der grundsätzlichen Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten setzten sich alle Sprecher mit Ausnahme von drei Rednern (England, Kolumbien und Neuseeland) für die Behandlung des Kolonialproblems in der Vollversammlung ein. Nikita Chruschtschow ergriff in dieser Sitzung unter stürmischen Ovationen der Mehrzahl der Delegierten mehrmals das Wort. Chruschtschow wurde zum glühenden Anwalt der afrikanischen Völker, als er mit einem Einwurf gegen die rechtswidrige Unterbrechung eines kongolischen Sprechers (Brazzaville) protestierte. Als sich ein philippinischer Sprecher in maßlosen Hetzreden gegen die sozialistischen Länder erging, fragte Chruschtschow: „Warum aber gebietet der Vorsitzende nicht diesem Speichellecker des amerikanischen Imperialismus Einhalt? Das ist ungerecht! Meine Herren, Herr Vorsitzender! Wir leben auf der Erde nicht von Gottes Gnaden und nicht von Ihren Gnaden! Sie können die Stimme der Völker, die Stimme der Wahrheit nicht unterdrücken, die erschallt und erschallen wird. Schluß mit der Kolonialsklaverei, ins Grab mit ihr! Nieder mit ihr! Man muß sie begraben, je tiefer um so besser!“

Vom Präsidenten der Vollversammlung unbehindert, mißbrauchte später der USA-Vertreter Wilcox sein Recht der Erwiderung zu hemmungslosen Ausfällen gegen die sozialistischen Staaten. Der rumänische Delegierte Mezinescu erwiderte ihm in einem Zwischenruf, daß er sich zur Zeit nicht im USA-Senat befindet. Mezinescu forderte Präsident Boland auf, für eine Diskussion nach den Regeln des Anstandes zu sorgen. Als er dafür großen Beifall erhielt, erlitt Boland einen Wutanfall. Er verlor jede Selbstbeherrschung und bearbeitete sein Pult dermaßen mit dem Holzhammer, bis dieses „Zeichen der Würde des Präsidenten“ splitternd zerbrach. Dann erklärte er die Sitzung ohne Abstimmung für geschlossen und verließ fluchtartig den Saal.